



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 6/16

I. Das Wichtigste zuerst

1. Automatischer Informationsaustausch über Finanzkonten

Die Enthüllungen über versteckte Gelder in Panama bestätigen den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eingeschlagenen Kurs. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Der automatische Informationsaustausch über Finanzkonten in Steueroasen mit den anderen EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten, der ab 2017 wirksam werden soll, setzt genau hier an. Fast 100 Staaten, darunter auch die Schweiz, bekennen sich mittlerweile zu dem auf der Berliner Steuerkonferenz im Oktober 2014 vereinbarten neuen Standard für einen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten. Danach beschaffen sich die Staaten bestimmte Informationen von bei ihnen bestehenden Finanzinstituten und tauschen diese Daten jährlich mit anderen Staaten und Gebieten aus. Zu den meldepflichtigen Informationen gehören u. a. Kapitalerträge wie Zinsen, Dividenden, Einnahmen aus bestimmten Versicherungsverträgen, Guthaben auf Konten oder Erlöse aus der Veräußerung von Finanzvermögen. Betroffene Finanzinstitute sind u.a. Banken, Verwahrstellen, Makler und näher bestimmte Versicherungsgesellschaften. Nicht zuletzt durch die Initiative Wolfgang Schäubles haben wir in den vergangenen drei Jahren mehr erreicht als in den dreißig Jahren zuvor. Weil die nötige Transparenz nur durch internationale Zusammenarbeit auf der Basis einheitlicher Informationsmerkmale geschaffen werden kann, müssen wir den Kreis an kooperationswilligen Ländern weiter ausbauen. Wir erwarten, dass es auf dem nächsten G7-Gipfel in Japan für

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

Am Donnerstagmorgen haben wir gemeinsam der kürzlich verstorbenen Dr. Guido Westerwelle und Hans-Dietrich Genscher in einer Schweigeminute im Plenum des Deutschen Bundestages gedacht. Der viel zu frühe Tod von Guido Westerwelle hat mich tief getroffen. Mit dem Tod des ehemaligen Außenministers Hans-Dietrich Genscher geht eine Ära zu Ende. Beide Politiker haben sich mit ihrer Arbeit um Deutschland und die Menschen in unserem Land verdient gemacht. Dafür gebührt mein aufrichtiger Dank. Meine Gedanken sind bei den Familien der Verstorbenen.

Letzte Woche fand eine sehr informative und interessante Reise des Ausschusses für Arbeit und Soziales nach Vorarlberg in Österreich statt. Bei der Integration von Jugendlichen in den ersten Arbeitsmarkt leistet Vorarlberg vorbildliche Arbeit (S. 2).

Das Bundesteilhabegesetz kommt! In einer fünfständigen Sitzung unserer Koalitionsarbeitsgruppe mit dem Bundessozialministerium haben wir mehrere Fragen vertiefend behandelt. Das Bundesteilhabegesetz ist eines der größten und wichtigsten Vorhaben dieser Legislaturperiode. Seit vielen Jahren warten Menschen mit Behinderungen und ihre Familien auf das neue Gesetz. In einer weiteren Sitzung haben wir über die Schnittstellenproblematik der Eingliederungshilfe und „Hilfe zur Pflege“ diskutiert.

*Herzliche Grüße
Ihre*

diesen Kurs weltweit noch mehr Unterstützung geben wird. Wolfgang Schäuble beabsichtigt zudem, auch schon über die Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds weitere Impulse zu setzen.



In der [Ausgabe 19/15](#) habe ich auf Informationen sowie Ansprechpartner für Arbeitgeber im Landkreis Waldshut, die Flüchtlinge beschäftigen möchten, auf der Webseite der Fachkräfteallianz Südwest hingewiesen. Die Fachkräfteallianz Südlicher Oberrhein hat mittlerweile auch Informationen und Angaben zu Ansprechpartnern im Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald auf ihrer [Webseite](#) veröffentlicht. Der sehr gute Leitfaden zur Integration in Arbeit und Ausbildung ist eine Hilfe und enthält alle nützlichen Infos für Arbeitgeber zum Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt.

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten. In erster Lesung haben wir das Gesetz beraten, welches längst überfällig ist. Wegen der SPD-Grünen-Blockade im Bundesrat konnte die Regelung nicht im Rahmen des Asylpakets II verabschiedet werden. Die sorgfältige Prüfung der Bundesregierung hat gezeigt, dass in den drei Staaten generell, systematisch und durchgängig weder Verfolgung noch Folter oder unmenschliche Bestrafung zu befürchten sind. Die Einstufung verbessert die Möglichkeit, aussichtslose Asylanträge von Angehörigen dieser Staaten rascher bearbeiten und ihren Aufenthalt in Deutschland schneller beenden zu können. Die Zeit des Sozialleistungsbezugs in Deutschland wird dadurch verkürzt und der Anreiz, aus wirtschaftlichen Gründen, einen Antrag zu stellen, reduziert. Marokko, Algerien und Tunesien haben bereits eine bessere Zusammenarbeit bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen zugesagt. **Faktenblatt** sowie **aktuelle Fragen und Antworten zur Flüchtlingspolitik der Union** finden Sie [hier](#).

III. Sonstiges

1. Behindertenpolitik - Delegationsreise des Ausschusses für Arbeit und Soziales nach Vorarlberg/Österreich

Gemeinsam mit dem behindertenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Uwe Schummer und anderen MdB-Kollegen besuchten wir mehrere Projekte zum Thema Behindertenpolitik, die den Schwerpunkt unserer Reise ins Nachbarland darstellte. Es fanden Gespräche u.a. zur persönlichen Assistenz am Arbeitsplatz und im Freizeitbereich, integratives Wohnen, Ausbildungsangebote für Menschen mit Lernschwierigkeiten usw. statt. Beeindruckt haben mich die Bereitschaft der Betriebe, Menschen mit Behinderungen einzustellen. Die Betriebe bestimmen in der Belegschaft einen sogenannten Mentor, der fester Ansprechpartner und Begleiter für den Jugendlichen mit Behinderung ist. Der Mentor ist aber auch Bindeglied zu den Kollegen, Eltern und den Behörden. Die Leistung honoriert das

Land Vorarlberg mit 30 % Lohnkostenzuschuss. Bemerkenswert ist der Einsatz aller Stellen, Jugendlichen einen direkten Übergang von Schule in den Beruf zu ermöglichen. Österreich geht mit gutem Beispiel voran und die Erfolgsquote ist dementsprechend hoch.



Von links: Christian Bernhard, Landesrat (Minister) für Gesundheit und Behindertenhilfe in Vorarlberg, Gabriele Schmidt MdB, Uwe Schummer MdB, Katrin Werner MdB, Kertin Tack MdB, Dr. Martin Rosemann MdB, Martin Frey und der Landtagspräsident von Vorarlberg Mag. Harald Sonderegger

2. 500 Jahre Reinheitsgebot für Bier – Braukunst und Biervielfalt

In Ermangelung eines heimischen Bieres trinke ich mit dem Botschafter des Bieres und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder (2 v. links), meinem Kollegen aus Oberschwaben Josef Rief (rechts außen) und dem Brauereivertreter Elmar Bentele (3. v. links) ein frisches Farny in der Landesvertretung Baden-Württemberg. Anlass war der „Tag des Bieres“ der deutschen Privatbrauereien.



3. Zuwanderer kommen nach Baden-Württemberg, um zu arbeiten

Für welche Zielregionen innerhalb Deutschlands sich Zuwanderer aus Drittstaaten mit befristeten Aufenthaltstiteln entscheiden, unterscheidet sich zwischen den Bundesländern deutlich. Zu diesem Schluss kommt eine Auswertung des Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW). Entscheidend für die Wahl des Zielortes sind mehrere Faktoren: Die Lage am Arbeitsmarkt, die Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung, die Attraktivität als Wohnort

sowie die Zahl bereits dort lebender Personen aus demselben Herkunftsland oder der gleichen Region. In südlichen Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg ist dabei der Anteil der Personen mit Aufenthaltstiteln zur Erwerbstätigkeit mit 19 bzw. 14,6 Prozent überdurchschnittlich hoch, was auf die dort vorherrschende sehr gute Arbeitsmarktlage zurückzuführen ist. Berlin ist mit einem Anteil von 12,4 Prozent besonders attraktiv für Personen, die zur Ausbildung in Deutschland sind. Gleichzeitig zieht es besonders viele Menschen (29 Prozent) mit Aufenthaltstiteln aus humanitären Gründen – vor allem anerkannte Flüchtlinge – nach Nordrhein-Westfalen, wo bereits Landsleute leben und entsprechende Strukturen und Gemeinschaften aufgebaut haben. *(Quelle: IW Köln)*

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Ich lade alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zur nächsten Bürgersprechstunde **am Dienstag, dem 19. April, ab 16.00 Uhr, in die Hauptstr. 18, Waldshut-Tiengen, ein!**

Ich freue mich auf viele interessante Begegnungen und Gespräche! Hier finden Sie die nächsten Termine: [Bürgersprechstunde](#)

2. [Meine Termine der nächsten Tage im Wahlkreis und Berlin](#) (Auswahl):

- | | |
|-----------------------|---|
| 19. April: | <ul style="list-style-type: none">• Koordinatoren-Treffen Helferkreise, Rathaus Ühlingen• Sitzung Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut e.V. |
| 20./21. April: | <ul style="list-style-type: none">• Klausurtagung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Berlin |
| 21. April: | <ul style="list-style-type: none">• Gespräch mit der Frauenunion Waldshut und Landfrauen aus Unteralpfen im Reichstag, Berlin• Vorstandssitzung CDU Ühlingen-Birkendorf, Sonnenhof |
| 22. April: | <ul style="list-style-type: none">• Einweihung – Tag der offenen Tür bei EWS, Kadelburg |
| 23. April: | <ul style="list-style-type: none">• Basiskonferenz der CDU-Südbaden, Löffingen |